

Übergriffe der Bush-Regierung und des US-Militärs, dürfen nach nach Meinung eines Kommentators in der WASHINGTON POST in den USA nicht länger geduldet werden – und in der Bundesrepublik?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 052/05 – 28.12.05**

Fundsachen

Macht, die Bush sich nicht einfach nehmen kann

Von Eugene Robinson, 27.12.2005, www.washingtonpost.com

Weil die Feiertage eine Zeit der Großmut und des Wohlwollens gegenüber allen sind – sogar gegenüber denen, die unsere Verfassung vergewaltigen und die Nation mit verbundenen Augen in überstürzte Kriege führen – sollten wir ein kleines Gedankenexperiment machen.

Lasst uns annehmen, Bushs Anspruch auf unbegrenzte virtuelle Macht des Präsidenten sei nicht nur eine einleitende Forderung nach mehr exekutiven Befugnissen, die, wie Dick Cheney glaubt, nach Watergate (Skandal, der zu Nixons Rücktritt führte) zu Unrecht aufgegeben worden seien.

Lasst uns annehmen, Bush glaube wirklich, er brauche das Recht, die ganze Nation flächendeckend elektronisch überwachen zu lassen und jeden, den er für terrorverdächtig hält, unbegrenzt einsperren zu können und solche Gefangene in geheime CIA-Gefängnisse verschwinden zu lassen, wo sie „Waterboarding“ (vorgetäuschter Ertränkung) und anderen Misshandlungen ausgesetzt sind. Lasst uns für einen Moment annehmen, die einzige verzweifelte Motivation des Präsidenten sei es, einen weiteren Tag wie den 11. September 2001 zu verhindern. Lasst uns sogar noch weiter gehen und annehmen, er habe sich aus dem gleichen Grund entschlossen, in den Irak einzufallen.

Aber sogar in einem Gedankenexperiment können wir ihm nicht verzeihen, wie er das Land mit der falschen Behauptung, es gebe einen Zusammenhang zwischen dem Irak und den Angriffen des 11. September eingenebelt hat; wir können auch nicht vergessen, wie er uns mit gefälschten Geheimdienst-Erkenntnissen über Massenvernichtungswaffen getäuscht hat – wir sind zwar großzügig, aber nicht dumm. Aber lasst uns annehmen – wie berechnend und zynisch die Machenschaften und wie falsch der Entschluss, in den Krieg zu ziehen, auch immer gewesen sind – das Motiv dafür sei nur gewesen, einen weiteren katastrophalen Terrorangriff zu verhindern.

Also: Wenn wir all diese überaus verständnisvollen Annahmen akzeptieren, kann damit die widerrechtliche Machtergreifung dieser Regierung gerechtfertigt werden?

Jedes Mal, wenn ich mich da durcharbeite, komme ich zur gleichen Antwort: Nein! Der Präsident hat nicht das Recht, die Regeln des Rechts zu missachten, als seien sie nur ein lästiges Hindernis.

Wenn der Präsident nur entschlossen wäre, alles Erdenkliche zu tun, um einen weiteren terroristischen Anschlag zu verhindern, warum setzt er dann nicht das „habeas corpus“ (Recht eines amerikanischen Richters, zu überprüfen, ob eine Person zu Recht in Haft gehalten wird) aus, wie es Lincoln während des (amerikanischen) Bürgerkriegs tat?

Dann könnte man jeden einsperren, der möglicherweise ein Terrorist sein könnte, oder der einmal Tür an Tür mit dem Onkel eines Terrorverdächtigen gewohnt hat, und man könnte diese Leute so lange einsperren, wie man wollte. Warum sollte man die Überwachung internationaler Telefonanrufe und E-Mails stoppen? Warum nicht auch in Telefonanrufe innerhalb der USA hineinhören? Oder einfach gleich alle Privatgespräche sammeln, die man auf den Computern der National Security Agency (NSA; Nationale Sicherheits-Agentur; US-Geheimdienst, der weltweit abhört!) speichern kann?

Warum mit dem „Waterboarding“ aufhören? Warum nicht den Weg konsequent zu Ende gehen, und einige Fingernägel herausreißen, wenn das den Amerikanern einen kleinen Zuwachs an Sicherheit einbringt? Würden uns Elektroschocks noch sicherer machen? Man müsste nur die Rechtsanwälte des Weißen Hauses damit beauftragen, sich noch eine weitere legalistische Definition aus den Fingern zu saugen, die erklärt, warum Folter nicht wirklich Folter ist, und man könnte all das tun.

Wenn potentielle Terroristen zwischen uns herumlaufen, sollten da nicht an jeder Ecke Polizisten stehen und jeden, der „verdächtig“ aussieht, zum Verhör und zur Durchsuchung schleppen? Das tut Fidel Castro in Kuba, und glaubt mir, Kuba ist ein extrem sicheres Land.

In Vietnam haben wir Dörfer zerstört, um sie zu retten. Warum sollten wir in diesem Krieg gegen den Terror nicht damit fortfahren und unsere Freiheiten zerstören, um sie zu retten? Der Grund, warum wir diese absurden Dinge nicht tun, ist natürlich, dass wir eine Linie zwischen dem Akzeptablen und dem Inakzeptablen sehen. Diese strahlende Linie ist das Recht, das der Kongress beschlossen hat, und das die Justiz normalerweise überwachen muss.

Es kann sich ändern, aber der Präsident hat nicht das Recht, es nach eigenem Gutdünken zu ändern. Die in der Verfassung für den Kriegsfall festgelegten Rechte des Präsidenten sind weitreichend, aber sie sind nicht unbegrenzt.

Wenn ihr mir in meinem Gedankenexperiment folgt und mit mir annehmt, der Präsident handle aus dem besten aller Motive heraus, dann besteht das Problem darin, dass er das amerikanische Volk schützen möchte, uns aber nicht vertraut.

Es kann keine Freiheit ohne ein gewisses Maß an Risiko geben. Wir garantieren Pressefreiheit, und das bedeutet, dass die Zeitungen manchmal Dinge drucken, welche die Regierung nicht gedruckt haben möchte. Wir garantieren, dass Angeklagte nicht gezwungen werden können, sich selbst zu beschuldigen, was dazu führt, dass Übeltäter manchmal frei kommen. Wir akzeptieren diese Risiken als Preis der Freiheit.

Der Präsident würde möglicherweise erwidern, dass in einer Ära mit lose verbundenen Terroristengruppen und Koffer-Atombomben die Risiken bedeutend größer seien als bei seinen Vorgängern. Aber sogar wenn ihr dem zustimmt, kann er nicht eigenmächtig handeln, sondern muss den Kongress oder die Gerichte auffordern, die Linie zwischen Staatsmacht und persönlicher Freiheit neu zu ziehen.

Das sind keine taktischen Entscheidungen darüber, wo eine Panzerdivision die Rhône überqueren sollte. Das sind fundamentale Fragen, die Grundlagen dieser Union betreffen, und der Präsident ist aufgefordert, dem amerikanischen Volk die Entscheidung darüber zuzutrauen.

Das ist das Ende des Experiments. Gebt bitte eure rosaroten Sicherheitsbrillen vorn in der Klasse ab!

(Der Kommentar aus der Washington Post wurde komplett übersetzt, die Anmerkungen in Klammern wurden vom Übersetzer hinzugefügt.)

Unser Kommentar

Der Kommentator der Washington Post kommt zu dem Ergebnis, dass die Bush-Regierung auch in dem von ihr selbst erklärten Krieg gegen den Terror die amerikanische Verfassung und die amerikanischen Gesetze zu beachten hat. Das ist einerseits erfreulich, andererseits aber höchst befremdlich, weil er mit keinem einzigen Wort das übergreifende Völkerrecht erwähnt, zu dessen Einhaltung auch sein Land verpflichtet ist. Nach seiner Argumentation hätte Bush nur wie Lincoln handeln müssen und wäre damit zumindest nach US-Recht zum unbegründeten und unbefristeten Festhalten von Gefangenen berechtigt gewesen.

Verfassungen und Gesetze von Gastländern, in denen US-Truppen stationiert sind, kommen in den Überlegungen des amerikanischen Patrioten überhaupt nicht vor. Übergriffe können seiner Meinung nach offenbar nur dann nicht geduldet werden, wenn sie US-Amerikaner betreffen oder gegen US-Gesetze verstoßen. In typisch US-amerikanischer Hybris wird postuliert, dass US-Amerikaner sich allenfalls an US-Vorschriften zu halten haben. Deshalb bleiben alle außerhalb der USA begangenen Rechtsverstöße und Verbrechen unberücksichtigt.

Diesem Manko ist abzuhelfen. Unser Grundgesetz ist uns genau so wichtig, wie den US-Amerikanern ihre "Constitution". Wir müssen darauf bestehen, dass bei uns stationierte US-Amerikaner unsere Souveränität, unsere Verfassung und unsere Gesetze genau so achten, wie sie ihre Verfassung und ihre Gesetze achten sollten.

Es wird höchste Zeit, dass unsere Regierungen auf Bundes- und Landesebene umgehend gegen die ständigen Rechtsbrüche der US-Streitkräfte und der US-Geheimdienste auf unserem Territorium intervenieren und dass unsere Strafverfolgungsbehörden bereits begangene Straftaten konsequent anklagen.

- *Warum dürfen die US-Streitkräfte auch weiterhin von der Bundesrepublik aus ihre völkerrechtswidrigen Angriffskriege in Afghanistan, im Irak und demnächst vielleicht auch gegen den Iran führen, obwohl unser Grundgesetz in Art. 26 Angriffskriege ausdrücklich verbietet?*
- *Warum dürfen zu NATO-Verteidigungszwecken hier eingelagerte Fahrzeuge und Waffen mit der dazugehörenden Munition in US-amerikanischen Angriffskriegen verwendet werden?*
- *Warum wird es US-Piloten und US-Soldaten nicht verboten, sich über und auf unserem Territorium auf ihre völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze vorzubereiten?*
- *Warum werden Flüge zu den US-Schlachtfeldern, die von Ramstein und Spangdahlem aus durch deutschen Luftraum erfolgen, nicht unterbunden?*
- *Warum werden US-Soldaten und Verwundete, die aus dem Irak zurückkehren, nicht interniert, wie es das Haager Abkommen einem Land vorschreibt, das offiziell nicht an einem Konflikt beteiligt ist?*
- *Warum wird die US-Regierung nicht aufgefordert, ihre 150 Atombomben aus der Bundesrepublik abzuziehen, nachdem sie beschlossen hat, Atomwaffen auch als Erstschlagswaffen in Angriffskriegen einzusetzen?*
- *Warum wird nicht die sofortige Schließung des neuen Warfighting Headquarters der USAFE auf der US-Air Base Ramstein veranlasst, das nach US-Aussagen der Vorbereitung neuer Angriffskriege dient?*
- *Wann beginnt endlich die lückenlose Kontrolle des gesamten Flugverkehrs der US-Streitkräfte, der CIA und anderer US-Geheimdienste auf Flugplätzen und im Luftraum der Bundesrepublik, damit Menschenraub, Verschleppung und illegale Gefangenentransporte künftig unterbleiben?*

- *Wie lange dürfen die NSA und andere US-Geheimdienste ihre illegalen Abhöraktionen auf deutschem Boden noch fortsetzen, wenn ihnen das in den USA künftig untersagt sein soll?*

Die Bundesrepublik ist ein souveräner Staat in einem souveränen Europa. Unsere Staatsanwälte, Politiker, Parlamente und Regierungen sollten das endlich zur Kenntnis nehmen und danach handeln. Die rosaroten Brillen, die vielen immer noch die völkerrechtswidrigen Aktivitäten der Bush-Regierung und ihres rücksichtslosen Militärapparates verklären, sind endlich abzunehmen und die Samthandschuhe im Umgang mit Kriegsverbrechern auszuziehen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern